

SIMON TANNER / NZZ, MOLLY ROBERTS / WHITE HOUSE VIA MAGO



JOSEPH STIGLITZ

Der 1943 geborene Wirtschaftswissenschaftler ist für seine klaren Worte zu den grossen Themen unserer Zeit bekannt. Er lehrt an der Columbia University. Zuvor war Stiglitz Berater von Bill Clinton und Chefökonom der Weltbank. Er war Ende August zu Gast an der Nobel-Tagung der Wirtschaftswissenschaften in Lindau, wo dieses Interview entstand.

Zwei alte Männer, die unterschiedlicher nicht sein könnten: Joseph Stiglitz (links) und US-Präsident Donald Trump.

«Eine Mafioso-Regierung»

Nobelpreisträger Joseph Stiglitz macht sich grosse Sorgen um die Demokratie und die Wirtschaft in den USA. Donald Trump sei «ein korrupter Immobilienentwickler, der sich gerne Geld leiht und es nicht gerne zurückzahlt». Interview: Michael Ferber

NZZ AM SONNTAG: *Donald Trump kündigt laufend neue Zölle an und treibt die Deglobalisierung voran. Sie haben sich in der Vergangenheit ebenfalls gegen die Globalisierung ausgesprochen. Unterstützen Sie Trumps Politik?*

JOSEPH STIGLITZ: Nein. Trump profitiert davon, dass die Bevölkerung unzufrieden ist mit der schlecht umgesetzten Globalisierung. Aber er versteht nicht, was deren grundlegende Mängel sind. Seine Politik schadet dem US-Dienstleistungssektor massiv, beispielsweise in den Bereichen Bildung, Tourismus und sogar bei Gesundheitsdienstleistungen. Menschen kommen nicht mehr in die USA, um sich behandeln zu lassen. Auch bei den Waren schädigt er amerikanische Hersteller. Kanadier und viele andere Menschen auf der ganzen Welt kaufen aus Wut über ihn keine US-Waren mehr.

Trump will erreichen, dass wieder mehr in den USA produziert wird. Wird ihm dies gelingen?

Das glaube ich nicht. Die USA haben nicht die globalen Lieferketten und auch nicht die entsprechenden Arbeitskräfte wie beispielsweise Ingenieure. Trump wird auch deshalb keine Arbeitsplätze in die USA zurückbringen, weil die moderne Fertigung von Gütern immer stärker von Robotern ausgeführt wird. Trump befindet sich geistig in den 1950er Jahren, nicht im Jahr 2025.

Macht er womöglich alles noch schlimmer?

Ja. Er verschärft die Ungleichheiten zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Für ihn zählt nur Macht. Er hält sich nicht an Regeln – aber die anderen Länder müssen die Regeln befolgen, die er aufstellt.

Es gibt Elemente in Trumps Politik, die manche Vertreter des politisch linken Spektrums gerne sehen dürften, wie beispielsweise die staatlichen Interventionen bei Chipherstellern wie Intel oder Nvidia. Was halten Sie davon?

Wenn es bei Unternehmen zu staatlichen Eingriffen kommt, ist es sehr wichtig, dass diese auf einem rechtsstaatlichen Fundament stehen. Wenn eine Mafioso-Regierung auf Unternehmen zugeht und sie mit Abgaben belastet, ist das sehr besorgniserregend. Es ist wie in Saudiarabien, wo Kronprinz Mohammed bin Salman 2017 Hunderte führende Persönlichkeiten des Landes in einem Hotel einsperrte und quasi sagte: «Ihr bleibt so lange hier, bis ihr euren Reichtum mit mir teilt.» Das ist Erpressung, und in einem solchen Klima gibt es keine

Investitionen. Investoren wollen einen rechtlichen Rahmen. Gibt es keinen solchen, zerstört dies die Marktwirtschaft.

Befürchten Sie, dass die USA immer mehr wie Saudiarabien werden?

Ja, es ist eine Mafioso-Wirtschaft. Langfristig betrachtet beruht der Erfolg von Marktwirtschaften auf dem Rechtsstaat und der Gewissheit, dass den Akteuren ihr Eigentum nicht gestohlen wird. Trump zerstört den Rechtsstaat.

Wie weit ist er Ihrer Ansicht nach dabei?

In einem Rechtsstaat wird beispielsweise bei staatlichen Investitionen in Unternehmen ein Gesetz verabschiedet. Es gibt einen rechtlichen Rahmen, der auch für andere Firmen gilt. Wenn man aber wie Trump eine firmenspezifische Politik verfolgt, setzt man sich der Gefahr von Korruption auf höchstem Niveau aus. Dies hat man dramatisch im Fall von Nvidia gesehen. Trump hat Nvidia erlaubt, Chips nach China zu verkaufen, wenn das Unternehmen dafür 15 Prozent der Einnahmen an die US-Regierung abgibt. Das bedeutet, dass jede Firma ihren eigenen rechtlichen Rahmen hat. Das ist schrecklich.

Trump versucht auch, mehr Einfluss auf die Gerichte zu bekommen. Wird sich das politische System der USA fundamental verändern?

Die Wahrscheinlichkeit, dass das System dem Druck von Trump standhält, liegt vermutlich bei weniger als fünfzig Prozent. Im Jahr 2020 hatte Trump in den Präsidentschaftswahlen landesweit sieben Millionen Stimmen weniger als Joe Biden. Trotzdem behauptet er, er habe diese Wahl gewonnen – und heute sagen siebzig Prozent der Republikaner dasselbe. Wir leben also in einer Welt, in der Desinformation gedeiht. Hätte Trump 2020 so viel Macht gehabt wie heute, hätte er die Wahl gekippt.

Die Gefahr, dass die Demokratie in den USA verlorenght, liegt bei mindestens fünfzig Prozent.

Wird Trump dies bei den nächsten Wahlen versuchen?

Ganz klar. Es ist unvorstellbar, dass er es nicht tun würde. Im Jahr 2026 finden Kongresswahlen statt. Momentan sind seine Umfragewerte sehr schlecht. In der Bevölkerung ist die Ansicht weit verbreitet, dass die Regierung nicht gut funktioniert. Allerdings gehe ich davon aus, dass Trump seine Politik fortsetzen kann, selbst wenn die Republikaner nicht in beiden Kammern des Kongresses die Mehrheit haben. Er regiert stark mit exekutiven Erlassen. Zudem ignoriert er Gerichtsentscheidungen.

Sind Sie nicht etwas alarmistisch?

Die Gerichte funktionieren noch – aber die Gefahr, dass die Demokratie in den USA verlorenght, liegt bei mindestens fünfzig Prozent. Der Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger würde sich dadurch kurzfristig gesehen nicht wesentlich ändern. Derjenige von Wissenschaftlern hingegen schon. Ich spüre bei ihnen bereits heute eine grundlegende Angst.

Wie schätzen Sie Trumps Druck auf die US-Notenbank Federal Reserve ein?

Wenn die Geldpolitik politisch kontrolliert wird und zum Instrument wird von jemandem, der nur kurzfristig denkt, droht das Vertrauen in den Dollar verlorenzugehen. Das bedeutet mehr Inflation und globale Instabilität. Der von Trump als Fed-Gouverneur nominierte Stephen Miran hat offen darüber gesprochen, Gebühren auf von Zentralbanken gehaltene Dollarreserven einzuführen. Bis jetzt nimmt das aber niemand ernst, sonst wäre der Dollar abgestürzt.

Im April dieses Jahres musste Trump nach der Ankündigung der Zölle einlenken und deren Einführung verschieben, weil die Investoren am Anleihenmarkt ihn bremsen. Wie zuverlässig funktioniert diese Kontrolle durch die Börse?

Trump ist jetzt weniger leicht zu zähmen als zuvor. Während seiner ersten Amtszeit dachte er, dass steigende Aktienbörsen zeigen, dass er gute Arbeit leistet. Es hat ihn desillusioniert, dass der Aktienmarkt während der Präsidentschaft von Joe Biden gestiegen ist. Für ihn zählt Macht. Er glaubt, wenn er die Kontrolle über das Fed bekommt, dass er dann jedes Defizit finanzieren und die Zinsen niedrig halten kann.

So könnte er die Wirtschaft weiter am Laufen halten. Aber wäre das nachhaltig?

Nein, es würde die Inflation nach oben treiben. Trump ist ein korrupter Immobilienentwickler, der sich gerne Geld leiht und es nicht gerne zurückzahlt.

Steckt hinter Trumps Politik ein grosser Plan oder bloss Chaos?

Das von der Heritage Foundation publizierte Projekt 2025 hat einen grossen Plan ausgelegt, der darauf abzielt, zu deregulieren und die Macht der Wohlhabenden zu erhöhen. Es gibt also eine bestimmte nationalistische, christliche Agenda. Hinzu kommt Trumps chaotische Persönlichkeit. Manche Personen aus seinem Team haben null Regierungserfahrung. Sie waren früher Fernsehmoderatoren oder haben den Wrestling-Verband geleitet. Sie fragen mich, ob ein Plan dahintersteckt. Vieles ist reine Inkompetenz.

Kann seine Bewegung weiterleben, wenn Trump einmal weg ist?

Bei vielen autoritären Figuren hängt das ganze System von ihnen ab. Optimistisch stimme ich, dass es innerhalb von Trumps Bewegung «Make America great again» auf Anhieb keine ähnlich charismatische Person gibt, die auf ihn folgen würde. J. D. Vance scheint nicht die nötige Gefolgschaft zu haben. Es gibt aber auch viele Fälle, in denen ein autoritärer Anführer stirbt, und ihre Bewegung geht dann sogar in einer noch schlimmeren Form weiter. Beispiele sind Hugo Chávez in Venezuela oder Robert Mugabe in Simbabwe.

Die Schweiz wurde von Trumps Zöllen hart getroffen. Wie würden Sie als Bundesrat tun?

Ich würde Vergeltungsmassnahmen ergreifen und Chinas Ansicht vertreten, dass Trump nur Akteure respektiert, die aggressiv auf seine Vorhaben reagieren.

Aber die Schweiz ist ein kleines Land . . .

Ja, aber die Schweiz hat einen globalen Markt. Die USA machen nur etwa 13 Prozent des Welthandels aus.

Die Schweiz hat bisher das Gegenteil getan, um noch mehr Ärger zu vermeiden.

Die einzige Sprache, die Trump versteht, ist die Sprache der Macht. Die von den Zöllen betroffenen Länder müssen untereinander besser zusammenarbeiten, anstatt sich Trumps Strategie des «Einer nach dem anderen» wie Grossbritannien zu unterwerfen. Sonst wird er alles diktieren.